

Carmen Böhn

**Interessendivergenz beim
bona fides Erwerb im GmbHG**

Eine dogmatische Analyse der gängigen zivilrechtlichen Gutglaubenstatbestände sowie rechtsvergleichende Betrachtung zur *Limited* und zur *SPE*

WÜRZBURGER
RECHTSWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTEN

Herausgegeben
von der
Juristischen Fakultät der Universität Würzburg

Band 103

ERGON VERLAG

Carmen Böhn

Interessendivergenz beim
bona fides Erwerb im GmbHG

Eine dogmatische Analyse der gängigen
zivilrechtlichen Gutglaubenstatbestände
sowie rechtsvergleichende Betrachtung
zur *Limited* und zur *SPE*

ERGON VERLAG

<https://doi.org/10.5771/9783956505249-1>

Generiert durch IP '18.118.164.42', am 02.05.2024, 20:18:09.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zugl.: Diss., Julius-Maximilians-Universität Würzburg, 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Ergon – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Verlages.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und für Einspeicherungen in elektronische Systeme.
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Umschlaggestaltung: Jan von Hugo

www.ergon-verlag.de

ISSN 1432-0339
ISBN 978-3-95650-523-2 (Print)
ISBN 978-3-95650-524-9 (ePDF)

Meinen Eltern gewidmet

„[Der gutgläubige Erwerb] gehört wegen seiner weittragenden Bedeutung und engen Beziehung zum Privat-, Prozeß- und Strafrecht und wegen der Eigenart der bei ihm zutage tretenden Rechtsinstitute zu den reizvollsten und bekanntesten Problemen des deutschen Rechts.“

Eckard Meister*

* *Meister*, Fahrnisverfolgung und Unterschlagung im deutschen Recht, in: FS Wach, S. 403, 412.

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung und historischer Abriss	17
I. Einleitung und Problemaufriss	17
II. Gang der Darstellung	19
III. Kurzer historischer Abriss	20
1. Historie des gutgläubigen Erwerbs beweglicher Sachen	20
2. Historie des gutgläubigen Erwerbs unbeweglicher Sachen	24
3. Historie des gutgläubigen Erwerbs von Forderungen	25
4. Zwischenergebnis	26
B. Die Neuregelung des gutgläubigen Erwerbs von Geschäftsanteilen durch das MoMiG	28
I. Ausgangspunkt: Frühere Rechtslage und rechtspolitische Notwendigkeit der Neuregelung	28
II. Gesetzgebungsverfahren und alternative Vorschläge	34
1. Referentenentwurf	35
2. Regierungsentwurf	36
3. Weiteres Gesetzgebungsverfahren	38
a. Mangelnde Berechtigung bzw. Legitimation des Geschäftsführers	40
b. Überprüfung der Gesellschafterliste als wiederkehrende Gesellschafterpflicht	42
c. Anlehnung des deutschen GmbHG an die Schweiz	42
d. Gutgläubig lastenfreier Erwerb	43
e. Drei-Jahres-Frist	43
f. Rechtsscheingrundlage und alternative Lösungen	44
(1) Wertpapierrechtliche Lösung	45
(2) Anknüpfung an ein Register	46
(3) Eintragung ins Gesellschaftsregister	47
(4) Weitere Modelle	47
(5) Zwischenergebnis	48
g. Weitere Kritikpunkte und Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens	48

III. Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs nach § 16 Abs. 3 GmbHG	49
1. Übertragung durch Rechtsgeschäft	49
a. Rechtsgeschäft im Sinn eines Verkehrsgeschäfts	50
b. Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	52
2. Fehlende Verfügungsbefugnis	53
3. Existenter Geschäftsanteil oder Recht daran	54
a. Grundsatz: Gutgläubiger Erwerb nur von existenten Geschäftsanteilen	54
b. Rechte an einem Geschäftsanteil	55
4. Die Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	56
a. Inhalt und Ausgestaltung der Gesellschafterliste	56
(1) Geschäftsanteilsbezogene Angaben	57
(2) Gesellschafterbezogene Angaben	60
b. Funktion der Gesellschafterliste	61
c. Einreichung und Aktualisierung der Gesellschafterliste	63
(1) Pflichten des Geschäftsführers	64
i. Mitteilung	65
ii. Nachweis	66
(2) Pflichten des Notars	67
i. Mitwirkung	68
ii. Folgen der Mitwirkung des Notars	70
iii. Qualifizierte Gesellschafterliste	71
d. Umfang des Gutglaubensschutzes	73
(1) Rechtsscheinträger	73
(2) Umfang des Gutglaubensschutzes	76
i. Objektive Erfordernisse an die Gesellschafterliste	77
ii. Reichweite des guten Glaubens	80
(3) Teilnahme der Gesellschafterliste an der Publizität des Handelsregisters	81
(4) Zusammenfassung	82
IV. Einwendungen	82
1. Unrichtigkeit der Gesellschafterliste ist zurechenbar/unzurechenbar	82
a. Unrichtigkeit der Liste ist zurechenbar	83
b. Drei-Jahres-Frist bei Unzurechenbarkeit der Unrichtigkeit der Liste	85
2. Bösgläubigkeit	87
a. Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis	88
b. Maßgeblicher Zeitpunkt	90

3. Widerspruch	93
a. Zuordnung des Widerspruchs	93
b. Widerspruchsbefugnis	94
c. Wirkungen	96
4. Rechtsfolgen und Wirkungen	98
V. Übergangsregelungen zum MoMiG	98
C. Vergleich mit Gutglaubenstatbeständen des Zivilrechts	100
I. Einleitung	100
II. Darstellung der Voraussetzungen der gutgläubigen Erwerbstatbestände	100
1. Gutgläubiger Erwerb von beweglichen Sachen nach §§ 932 ff. BGB	100
a. Voraussetzungen des Erwerbs beweglicher Sachen	101
(1) Einigung	102
(2) Übergabe	103
(3) Verfügungsbefugnis	105
b. Besondere Voraussetzungen des Erwerbs vom Nichtberechtigten	105
(1) Rechtsgeschäft im Sinn eines Verkehrsgeschäfts	106
(2) Bestehen der Legitimation des Veräußerers	106
(3) Guter Glaube	107
(4) Abhanden gekommene Sachen	109
c. Zwischenergebnis	110
2. Gutgläubiger Erwerb von unbeweglichen Sachen nach § 892 BGB	111
a. Voraussetzungen des Erwerbs	111
(1) Einigung	111
(2) Eintragung	112
(3) Verfügungsbefugnis	113
b. Besondere Voraussetzungen des Erwerbs vom Nichtberechtigten	113
(1) Rechtsgeschäft im Sinn eines Verkehrsgeschäfts	113
(2) Unrichtigkeit des Grundbuchs	113
(3) Bestehen der Legitimation des Verfügenden	115
(4) Keine positive Kenntnis des Erwerbers von der Unrichtigkeit	115
(5) Keine Eintragung eines Widerspruchs gegen die Richtigkeit des Grundbuchs	117

c. Zwischenergebnis	118
3. Gutgläubiger Erwerb von Forderungen und Rechten	118
a. Darstellung der Voraussetzungen der (gutgläubigen) Forderungsabtretung	118
(1) Einigung	119
(2) Bestehen der Forderung	119
(3) Bestimmbarkeit der Forderung	120
(4) Zwischenergebnis	120
b. Ausnahmen: § 405 BGB sowie Wertpapiere	121
(1) Abtretung unter Urkundenvorlegung § 405 BGB	121
(2) Gutgläubenserwerb bei Wertpapieren	123
i. Gutgläubiger Erwerb eines Wechsels nach Art. 16 Abs. 2 WechselG	125
ii. Gutgläubiger Erwerb eines Schecks nach Art. 21 ScheckG	127
(3) Gutgläubiger Erwerb von Aktien	129
i. Unverbriefte Aktien	129
ii. Verbriefte Aktien	130
iii. Aktien im Depot	132
iv. Zwischenergebnis	132
III. Vergleich der Rechtsfolgen des gutgläubigen Erwerbs	133
1. Rechtsfolgen des gutgläubigen Erwerbs	133
2. Ausnahmen vom Grundsatz des Erwerbs des Nichtberechtigten	134
3. Ansprüche des wahren Rechtsinhabers	136
4. Zwischenergebnis	137
IV. Vergleich der Rechtsscheintatbestände	137
1. Einigung	138
2. Existenz des zu übertragenden „Gegenstandes“ und etwaiger Rechte an diesem Gegenstand	140
a. Existenz des zu übertragenden Gegenstandes	141
b. Existenz des zu übertragenden Rechts an einem Gegenstand	142
3. Realakt zur Übertragung	143
4. Rechtsschein und Rechtsscheintatbestand	144
5. Publizitätswirkung	149
6. Rechtsgeschäft im Sinn eines Verkehrsgeschäfts	150
7. Guter Glaube	151
a. Bezugspunkt des guten Glaubens	151

b. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der Gutgläubigkeit	152
c. Sorgfaltsmaßstab	154
d. Nachforschungspflichten	156
8. Begrenzung des Rechtsscheintatbestandes: Abhandenkommen bzw. Widerspruch	156
9. Beweislastverteilung	159
10. Interessenabwägung	160
V. Zwischenergebnis	161
D. Einzelne Rechtsprobleme des gutgläubigen Erwerbs von Geschäftsanteilen	163
I. Gutgläubig lastenfreier Erwerb	163
1. Meinungsstand	164
2. Abweichende Auffassung	165
3. Stellungnahme	166
II. Gutgläubiger Erwerb bei aufschiebend bedingter Abtretung	168
1. Meinungsstand	169
2. Die Entscheidung des BGH vom 20. September 2011	170
3. Stellungnahme	171
4. Zusammenfassung	174
III. Falsche Stückelung	175
1. Meinungsstand	175
2. Stellungnahme	176
a. Übertragung aller Geschäftsanteile eines Gesellschafters, auch wenn sie falsch gestückelt eingetragen sind	176
b. Übertragung eines in der Gesellschafterliste falsch gestückelt eingetragenen Geschäftsanteils	176
c. Übertragung eines real nicht existierenden Geschäftsanteils	177
(1) Eintragung eines Geschäftsanteils zu einem höheren Nennbetrag	177
(2) Zweimalige Eintragung eines existierenden Geschäftsanteils	178
3. Zusammenfassung	178
IV. Gutgläubiger Erwerb bei Fälschung der Liste	178

E. Rechtsvergleich zum englischen Recht	181
I. Einführung	181
1. Anknüpfungspunkte, Ziele und Methoden des Rechtsvergleichs	182
a. Einleitung in die funktionelle Rechtsvergleichung	182
b. Sozialer Konflikt als Grundlage und Ausgangspunkt des Vergleichs	183
2. Rechtsquellen des englischen Rechts	184
a. Rechtsquellen des Mobiliar- und Immobiliarsachenrechts	184
b. Rechtsquellen des Gesellschaftsrechts	184
II. Übertragung von Eigentum in England	186
1. Übertragung von Mobilien	186
2. Übertragung von Grundstücken	190
III. Überblick über das englische Gesellschaftsrecht	193
1. Überblick über Rechtsformen und deren Unterschiede	193
2. Grundzüge zum Kapital, den Anteilen und deren Übertragung bei der <i>limited</i>	194
a. Kapital	194
b. Anteile	194
c. Anteilsübertragung	197
IV. Gutgläubiger Erwerb im englischen Recht	201
1. Ausgangspunkt: Der Companies Act	201
a. Companies Act 1985	201
b. Companies Act 2006	202
2. Lösungswege hinsichtlich des Problems des Erwerbs vom Nichtberechtigten	202
a. Einleitung	202
b. Der priority Grundsatz	205
c. Das Rechtsinstitut des estoppel	207
(1) Ursprung und Definition	207
(2) Voraussetzungen	210
(3) <i>Estoppel</i> bei Transaktionen iVm Unternehmen	211
i. Estoppel in Bezug auf den wahren Eigentümer/ Inhaber	212
ii. Estoppel in Bezug auf die Gesellschaft	215
(4) Rechtsfolgen	217
d. Problematische Einzelfälle und deren Lösungswege	218
V. Zwischenergebnis	220

VI. Vergleich mit dem deutschen Gesellschaftsrecht	220
VII. Kritische Würdigung	225
F. Rechtsvergleich zur SPE (Europäische Privatrechtsgesellschaft)	227
I. Einführung	227
II. Kurzüberblick über den aktuellen Stand der SPE-VO	227
III. Darstellung der Grundzüge einer SPE	229
1. Organe	230
2. Gründung und Satzung	231
3. Kapital, Anteilsausgabe und Übertragung	233
IV. Der gutgläubige Erwerb	234
1. Gutgläubiger Erwerb von Geschäftsanteilen der SPE	234
2. Gutgläubiger Erwerb eines SPE-Geschäftsanteils bei divergierendem Sitz von Hauptverwaltung und Satzung	238
a. Gutgläubiger Erwerb bei divergierendem Sitz von Hauptverwaltung und Satzung nach dem SPE-VOV 2009	238
b. Gutgläubiger Erwerb bei divergierendem Sitz von Hauptverwaltung und Satzung nach dem SPE-VOV 2011	241
V. Bewertung des Verordnungsvorschlags, Vergleich mit dem GmbHG und Zwischenfazit	242
G. Fazit und Ausblick	246
Thesen	251
Anhang	255
Literaturverzeichnis	261

